

# 26. Newsletter

## Gegen Rechtsextremismus

.....

**Ausgabe vom 05.Mai 2012**

**Dies ist die 26. Ausgabe unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus.**

**In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine informieren.**

**Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, können Sie ihn mit dem unten stehenden Link abbestellen.**

**Über Ihr Interesse freut sich und auf Ihre Unterstützung hofft**

**Clara Herrmann (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus).**

**Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen,**

**Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Carla Hustedt,**

**[buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de)**

**Bestellen oder abbestellen können Sie den Newsletter hier**

## INHALT

**[Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen!](#)**

**[Haushaltsberatungen 250.000 € mehr für eine starke Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts](#)**

**[Aufforderung zu mehr Transparenz - keine Geheimhaltung von Veranstaltungen!](#)**

**[Verstrickung der Berliner Rocker- und Naziszene](#)**

**[Infos zur rechtsextremen Internetseite nw-Berlin](#)**

**[Presse](#)**

**[Parlamentarisches](#)**

## Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen!

Für den Raum Berlin sind seit 1990 zwei Todesopfer als Opfer rechtsextremistischer Gewalt nach dem Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ offiziell anerkannt. Demgegenüber haben die Tageszeitungen „Die Zeit“ und „Der Tagesspiegel“ nach aufwändigen Recherchen für den gleichen Zeitraum zehn Todesopfer rechtsextremer Gewalt ermitteln können. Diese enorme Diskrepanz zwischen den offiziellen Zahlen und den tatsächlich einer rechtsextremen Gesinnung zuzuordnenden Tötungsdelikten ist nicht hinnehmbar, denn zu einem aktiven Kampf gegen Rechts gehört auch, dass aus rechten Motivationen begangene Straftaten als solche eingestuft werden!

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag „Opfer rechtsextremer Gewalt

anerkennen“ gestellt [Sie finden ihn hier.](#)

[Zurück](#)

## **Haushaltsberatungen 250.000 € mehr für eine starke Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts**

Wir wollen das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus um 250 000 € aufstocken. Durch die Aufstockung sollen daher u.a. Mobile und Opferberatungsstellen gestärkt werden. In zahlreichen wichtigen Projekten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mit großem persönlichen Einsatz im Kampf gegen Rechts. Wir wollen sie darin bestärken und ihnen helfen, ihr Engagement fortzuführen und weiter auszubauen. Deshalb begrüßen wir es auch, dass die „Extremisklausel“ vom Dresdener Verwaltungsgericht als rechtswidrig erklärt wurde.

Die Pläne der rot-schwarzen Koalition sehen dagegen vor den Verfassungsschutz um fünf Stellen aufzustocken. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden ist nach den Vorgängen um die NSU-Terrorzelle derzeit zurecht auf dem Prüfstand. Bis jetzt liegen aber weder Ergebnisse des Untersuchungsausschusses noch der Bund-Länder-Kommission zu den Ursachen für das Versagen der zuständigen Stellen vor. Erst wenn die Defizite aufgeklärt sind, können die richtigen Konsequenzen für die künftige Arbeit der Ermittlungsbehörden gezogen werden.

Jetzt nach mehr Verfassungsschützern zu rufen, ist kein sinnvoller Beitrag zur Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen, sondern ein politischer Schnellschuss.

Wir brauchen hunderte, tausende, zehntausende BerlinerInnen, die täglich Gesicht zeigen gegen Rechtsextremismus und Rassismus und sich für Toleranz und Demokratie engagieren und nicht für fünf neue VerfassungsschützerInnen. Den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Gesellschaft kann nur eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft gewinnen.

[Meine Pressemitteilung zu diesem Thema finden Sie hier.](#)

[Zurück](#)

## **Aufforderung zu mehr Transparenz – keine Geheimhaltung von Veranstaltungen!**

In der Vergangenheit wurden häufiger Veranstaltungen u.a. Naziveranstaltungen z.B. am 14.Mai 2011 am Mehringdamm bis zuletzt geheim gehalten.

Wir fordern den Senat auf, alle öffentlichen Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel in Berlin zeitnah nach ihrer Anmeldung zu veröffentlichen. Hierbei sind der Ort

bzw. die Streckenführung, die Zeit und das Thema der geplanten Versammlung bzw. des Aufzuges sowie die datenschutzrechtlich zulässigen Angaben über den Veranstalter auszuweisen. Dies eröffnet Interessierten und Unterstützern die Möglichkeit, sich der Demonstration anzuschließen. Zudem können sich so Anwohner und Passanten auf Absperrungen und die zu erwartenden Menschenmengen einstellen.

Veröffentlichen die Veranstalter eine geplante Demonstration nicht, gerade auch um dieser ihnen unerwünschten Kritik zu entgehen, entziehen sie einem wichtigen bürgerschaftlichen Engagement die Basis. Es gehört zu einem demokratischen Verständnis, Proteste der Zivilgesellschaft gegen geplante Demonstrationen zu ermöglichen. Eine geplante Versammlung nicht öffentlich bekannt zu geben, ist kein adäquates Mittel, um befürchtete massive Gegenaktionen oder auch gewaltsame Zusammenstöße zu vermeiden. Vielmehr hat die Berliner Polizei durch eine vorausschauende Einsatzplanung darauf hinzuwirken, dass sowohl Demonstration als auch Gegendemonstration einen friedlichen Verlauf nehmen. So haben die Vorkommnisse vom 14. Mai 2011 am Mehringdamm gezeigt, dass die versuchte Geheimhaltung nicht geeignet war, eine Eskalation zu vermeiden.

Eine zeitnahe Veröffentlichung aller angemeldeten Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, etwa auf der Internetseite des Polizeipräsidenten in Berlin als Versammlungsbehörde, kann Eskalationen vorbeugen.

Wer die Menschen aufruft, Gesicht gegen Nazis zu zeigen, der muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen und informieren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag „Mehr Transparenz: Veröffentlichungen von Demonstrationen“ gestellt. [Sie finden ihn hier.](#)

[Zurück](#)

## **Verstrickungen der Berliner Rocker- und Naziszene**

Der Bezirk Schöneweide hat sich in den letzten Jahren nicht nur zur Nazi-Hochburg entwickelt, sondern ist gleichzeitig auch ein Treffpunkt für die Berliner Rockerszene. Alleine durch die räumliche Überschneidung und die Tatsache, dass viele der Treffpunkte wie die bekannte Nazikneipe „zum Henker“ von beiden, Rechtsextremen sowie Rechtsrockern genutzt werden, liegt eine Verbindung der beiden Szenen auf der Hand. Die Antifa hat vor einiger Zeit eine Broschüre mit dem Titel „Die braune Straße von Berlin Über die Strukturen von Nazis und Rockern in Schöneweide“ veröffentlicht, in der sie über die Verbindung der beiden Szenen im Bezirk Treptow Köpenick aufklärt.

Anfang des Jahres habe ich eine kleine Anfrage zu dem Thema gestellt, auf die ich mittlerweile eine Antwort erhalten habe. Aus dieser geht hervor, dass besonders auf persönlicher Ebene Verbindungen bestehen. Einige Führungspersonen der Rocker haben rechte Hintergründe und zwischen 2007 und 2010 wurden rund 40 rechtspolitisch motivierte Straftaten von Rockern begangen. Die Verbindung mit dem Naziszene wird von Seiten der Rocker noch immer abgestritten. Das darf nicht dazu führen, dass wir vor diesem Problem die Augen verschließen! Denn die Mischung der beiden Szenen birgt nicht zuletzt aufgrund des großen Gewaltpotentials in der Rockerszene eine große Gefahr.

Meine kleine Anfrage zu dem Thema finden sie unter [Parlamentarisches](#)  
Weitere Infos finden sie auch unter [Presse](#)

## [Zurück](#)

### **Infos zur rechtsextremen Internetseite nw-Berlin**

Die Internetseite „nw-berlin“ des Bündnisses „Nationaler Widerstand“ ist die wichtigste Plattform der Berliner rechtsextremen Szene. Seit Jahren werden auf der besagten Homepage unter dem Slogan „Wir nennen die Täter beim Namen“ Namen, Fotos und Adressen von angeblichen „Linkskriminellen“ veröffentlicht. Auf diesen sog. „Feindeslisten“, finden sich über 200 Einrichtungen und Menschen, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren, darunter JournalistInnen, AnwältInnen sowie PolitikerInnen. Die Behörden reagierten lange Zeit überhaupt nicht. Am 15.02.2012 wurde das Thema ausführlich mit den Anzuhörenden Andreas Behm (Staatsanwaltschaft Berlin), Bianca Klose (MBR-Mobilde Beratung gegen Rechtsextremismus), Sven Richwin (Rechtsanwalt) im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses behandelt. Einen Link zum Wortprotokoll finden Sie am Ende des Artikels.

Mittlerweile ist nach jahrelangem Nichtstun das LKA endlich tätig geworden. Im vergangenen März wurde das Militärgeschäft „Hexogen“ in Schöneweide, welches dem Berliner Landesvorsitzenden der NPD Sebastian Schmidtke gehört, sowie drei Wohnungen in Neukölln durchsucht.

Die Bedrohung, die von Homepages wie dieser ausgeht, ist keine virtuelle, sondern bedeutet eine ganz konkrete für viele gegen Rechts engagierte Menschen und Einrichtungen. Die verantwortlichen Ermittlungsbehörden müssen endlich zeigen, dass sie eine couragierte Zivilgesellschaft bei ihrem Kampf gegen Rechts in Zukunft nicht im Regen stehen lassen.

[Meinen Artikel im Stachel zu nw-Berlin finden Sie hier.](#)

[Einen Artikel zum möglichen Hackerangriff finden Sie hier.](#)

[Meine kleine Anfrage finden Sie hier.](#)

[Das Wortprotokoll des Rechtsausschusses vom 15.02.2012 finden Sie hier.](#)

## [Zurück](#)

### **Presse**

**Neue Demo gegen Nazis** erschienen am 13.04.2012 in der taz

**Die Nazi-Rocker von Berlin** erschienen am 25.03.2012 im Berliner Kurier

**Schlag gegen Rechts - NPD-Chef hinter rechtsradikaler Webseite?**

Erschienen am 23.03.2012 in der Berliner Morgenpost

**Gefährliche Freundschaften** erschienen am 16.03.2012 in der taz

**Rechtsextreme Gewalt nimmt zu** erschienen am 01.03.2012 in der Welt

**Zurück**

## **Parlamentarisches**

**Welche Verflechtungen bestehen zwischen der Rechtsextremen- und Rockerszene in Berlin? Kleine Anfrage vom 25. Januar 2012**

**Zurück**

**Herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im  
Abgeordnetenhaus von  
Berlin  
Besuchen Sie uns im Internet: [www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)**